

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-6758/08
von Carlos Carnero González (PSE)
an die Kommission

Betrifft: Beeinträchtigung des Gymnasiums und der Grundschule von Mirasierra durch die Verlängerung der Linie 9 der Madrider U-Bahn

Die Regierung der autonomen Gemeinschaft Madrid hat beschlossen, den Plan der Verlängerung der Linie 9 des U-Bahnnetzes der spanischen Hauptstadt im Bezirk Fuencarral kurzfristig auszuführen, um die neue U-Bahn-Station Mirasierra zu eröffnen.

Wie die Kommunikationsmedien vor Ort ausführlich berichten, ist diese Entscheidung bei der örtlichen Bevölkerung auf erhebliche Empörung gestoßen, namentlich bei den Eltern der etwa 1000 Schüler des Gymnasiums Mirasierra und der 600 Schüler der Grundschule von Mirasierra.

Die Elternbeiräte der beiden Schulen argumentieren, dass sie von der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Madrid nicht ausreichend und angemessen zu diesen Bauarbeiten konsultiert wurden, die direkte Beeinträchtigungen der Schülerschaft mit sich bringen und während ihrer Durchführung die Fortführung des Unterrichts unter einigermaßen hinnehmbaren Bedingungen in dem Gymnasium und in der Grundschule (letztere ist nur sieben Meter von der vorgesehenen Baustelle entfernt) unmöglich machen werden. Ihres Erachtens könnte die neue Trasse der U-Bahn-Linie problemlos verlegt werden, wodurch die erwähnten Auswirkungen vermieden werden könnten.

Der Verfasser dieser Anfrage unterstützt die Argumentation der Elternbeiräte voll und ganz und vertritt die Auffassung, dass die Regierung der autonomen Gemeinschaft Madrid sowohl gegen die in den Gemeinschaftsrechtsvorschriften über Auswirkungen von Bauarbeiten dieses Ausmaßes vorgeschriebene Anhörung als auch gegen die Charta der Grundrechte der EU, wonach Kindern eine würdige und hochwertige Erziehung zusteht, verstößt.

Ist der Kommission die hier beschriebene Lage bekannt? Beabsichtigt sie, aufgrund dieser Darlegungen ein entsprechendes Informationsverfahren einzuleiten? Wird sie sich an die Regierung der autonomen Gemeinschaft Madrid wenden, um die erforderlichen Informationen einzuholen? Wie gedenkt sie die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts und die Achtung der Charta der Grundrechte sicherzustellen?